

Zum Vorschlag des Staatsministers für Kultur – Michael Naumann –, statt eines Holocaust-Denkmals in Berlin ein »Haus der Erinnerung« zu errichten

Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten (Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück, Sachsenhausen, Geschäftsführung: Stiftung Topographie des Terrors, Gedenkstättenreferat)

Am 1. März 1999 haben die Mitglieder der AG KZ-Gedenkstätten eine öffentliche Erklärung an Staatsminister Naumann geschickt. Dies war ein paar Tage vor der ersten Anhörung im Kulturausschuß des Deutschen Bundestags zur Vorbereitung einer Entscheidung bzgl. eines Mahnmals für die Ermordeten Juden Europas und der Ende letzten Jahres von Herrn Naumann vorgeschlagenen Ergänzung um ein »Haus der Erinnerung«. Es ist zu erwarten, daß der Bundestag in seiner Sitzung am 25. Juni 1999 eine Entscheidung über die Umsetzung der verschiedenen Modelle treffen wird.

Am 21. und 22. Februar 1999 hat die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten, die sich in Landes- und Bundesträgerschaft befinden, in der Gedenkstätte Sachsenhausen getagt. Behandelt wurde auch der Vorschlag des Staatsministers für Kultur, Herrn Michael Naumann, in Berlin anstelle eines Holocaust-Denkmals ein »Haus der Erinnerung« (Eisenmann III) zu errichten. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft stellen dazu fest:

1. Der Bundestag steht vor einer Epochenentscheidung. Mit dem unaufhaltbaren Voranschreiten der Zeit und dem absehbaren Tod der Zeitzeugen wird aus Erfahrung und lebendiger Erinnerung Geschichte. Über die Frage »Holocaust-Denkmal« oder »Haus der Erinnerung« (Eisenmann III) hinaus geht es deshalb grundsätzlich darum, wie die Erinnerung an den Holocaust in Deutschland dauerhaft im kulturellen Gedächtnis verankert werden soll: durch den Erhalt und die intensivisierte Förderung der aus dem Engagement von Überlebenden und Deutschen erwachsenen Gedenkstätten an den authentischen Orten oder die Schaffung einer Mischung aus Holocaust-Museum nach amerikanischem Vorbild und Monumentaldenkmal. Die *Enquête-Kommission zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit* hat 1998 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine **Gesamtgedenkstättenkonzeption** unter Einbeziehung des für Berlin geplanten Holocaust-Denkmals vorgelegt, die parteiübergreifend Zustimmung gefunden hat. Es ist unverständlich, daß die hier gegebenen Empfehlungen für die Gestaltung demokratischer Erinnerungskultur bisher keine Berücksichtigung gefunden haben. Noch unverständlicher ist, daß die Frage »Holocaust-Denkmal« oder »Haus der Erinnerung« im Gegensatz zur Haltung der Enquête-Kommission so angefaßt wird, als könne man sie getrennt von der Geschichte und zukünftigen Entwicklung der KZ-Gedenkstätten in Deutschland behandeln. Ausgehend von den authentischen Orten ist in Deutschland seit den fünfziger Jahren ein einzigartiges Netzwerk der Erinnerung entstanden. Dieses gilt es als Ganzes zu pflegen und weiterzuentwickeln. Integration, nicht das Rad neu erfinden wollen, sollte das Leitmotiv sein.

2. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft halten es für ein bedeutendes Zeichen, daß die neue Regierung erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Förderung der Gedenkstätten in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben hat. Sie teilen die Auffassung des Staatsministers für Kultur, Herrn Michael Naumann, daß Gedenken ohne Wissensvermittlung und Aufklärung von Leerlauf bedroht ist. Sie begrüßen auch

nachdrücklich, daß er nach einem Konzept gesucht hat, das unmißverständlich deutlich machen soll, daß kein Schlußstrich gezogen werden darf und die Erinnerung an die Shoa immer auch eine öffentliche Angelegenheit bleiben muß.

3. Gleichwohl haben die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft große inhaltliche und praktische Bedenken gegen den präsentierten Vorschlag:

- In der Kombination von verkleinertem Stelenfeld und Ausstellungs-, Dokumentations- und Bibliotheksgebäude entsteht ein »künstlicher authentischer Ort«. Das Stelenfeld tritt an die Stelle der authentischen Lagergelände, Massengräber und KZ-Friedhöfe, die es in Deutschland sehr zahlreich gibt. Im angegliederten »Haus der Erinnerung« soll Aufklärungsarbeit geleistet werden, die sich nicht grundsätzlich von der der Gedenkstätten unterscheidet und letztendlich zu einer Doppelung führt.

- Die Errichtung eines künstlichen authentischen Ortes ist in den USA und Israel folgerichtig. In Deutschland, dem Land der authentischen Tat- und Leidensorte, ist sie widersinnig und entwertet – auch wenn dies nicht gewollt ist – faktisch die seit den fünfziger Jahren von Überlebenden und Deutschen an den authentischen Orten geleistete Arbeit.

- Zur faktischen Entwertung trägt bei, daß der Eindruck erweckt worden ist, Deutschland sei inhaltlich und institutionell eine schiere »Wüste der Erinnerung«. Inhaltlich arbeiten die Gedenkstätten seit über vierzig Jahren an der Etablierung eines Tat- und Opfergedächtnisses, dessen Leitmotive sich notwendigerweise von denen in Israel oder den USA unterscheiden. Während die Ausstellung des US Holocaust Memorial Museums in Washington zurecht dem Leitmotiv folgt »Wie Deutsche *unsere* jüdischen Mitmenschen in Deutschland und weiten Teilen Europas entrechtet, ausgeplündert und schließlich massenhaft ermordet haben«, muß die deutsche Erinnerung einer anderen Struktur folgen: »Wie Deutsche die Demokratie bekämpften, eine rassistisch fundierte Diktatur errichteten, zahlreiche Menschen und Gruppen aus der »Volksgemeinschaft« ausgrenzten, umbrachten und schließlich begannen, die Juden Europas zu ermorden.«

Weil sich das Gedenken an die Opfer in Deutschland nicht von der Erinnerung der Tat als einer »*der eigenen Leute*« trennen läßt, lassen sich israelische oder amerikanische Ausstellungskonzepte nicht einfach auf Deutschland übertragen. Abgesehen davon gibt es auch in und um Berlin bedeutende Gedächtnisorte und Einrichtungen der Erinnerungsarbeit wie die nur wenige hundert Meter vom vorgesehenen Standort des »Hauses der Erinnerung« gelegene Stiftung Topographie des Terrors, die Gedenk- und Bildungsstätte »Haus der Wannsee-Konferenz«, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, das Museum Karlshorst und die Gedenkstätte Sachsenhausen. Die hier geleistete Arbeit wird sich wesentlich mit der des »Hauses der Erinnerung« überschneiden. So werden Kräfte verschleudert anstatt sie zu bündeln.

- Wer Erfahrung mit der Einrichtung von Ausstellungen zur Geschichte der NS-Verbrechen hat, weiß, daß das »Haus der Erinnerung« in Gefahr ist, eine Museumsruine zu bleiben. Statt eine Million Bücher existieren nach seriöser Schätzung »nur«

40–60 000 Publikationen zur Geschichte der NS-Verfolgung und des Holocaust. Ausstellungsstücke lassen sich nicht einfach zusammenkaufen. Sie befinden sich in den bereits existierenden Gedenkstätten, Museen und Sammlungen. Auch Archive müßten dupliziert oder bereits bestehende Archive bzw. Archivbestände zusammengeführt werden. Erst damit würde im »Haus der Erinnerung« erarbeitbar, was bereits in den vorhandenen Einrichtungen erarbeitbar ist. Eine Ausstellung auf die Videos der Shoa-Foundation Steven Spielbergs zu beschränken, erscheint in pädagogischer Perspektive wenig glücklich. Betroffenheit für den Augenblick kann durchaus entstehen. Ob allein daraus langfristig wirksames Wissen und Verständnis wird, muß erfahrungsgemäß bezweifelt werden.

4. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland stimmen mit dem Staatsminister für Kultur überein, daß in Deutschland schnell ein unmißverständliches Zeichen gesetzt werden soll, daß die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und die ihnen zum Opfer gefallen Menschen fest verankerter Bestandteil des nationalen Gedächtnisses der Deutschen sein und bleiben muß. Sie geben aber zu bedenken, daß in der europäischen Tradition Denkmale diejenigen politisch-symbolischen Zeichen sind, mittels derer eine Gesellschaft zum Ausdruck bringt, was Teil des Nationalgedächtnisses sei. Sie plädieren deshalb einerseits für ein Mahnmal, das über die Funktion des Totengedenkens hinaus auffordert, die Tat in der Erinnerung zu behalten. (Was etwas anderes ist, als den Holocaust künstlerisch darstellen zu wollen.) Andererseits, den Gedanken Michael Naumanns bekräftigend, daß Symbole allein nicht genügen, empfehlen sie nachdrücklich, ein solches Mahnmal in die bestehende Berliner Erinnerungslandschaft einzubinden – anstatt es ihr überzuordnen.

Dabei bietet sich auf Grund der räumlichen Nachbarschaft eine enge Verbindung mit der Stiftung Topographie des Terrors und dem Jüdischen Museum an – bei gleichzeitigem Verweis auf die weiteren bestehenden Gedächtnisorte in und um Berlin. Ein solches Konzept trüge der deutschen Tradition und Situation der Erinnerungsarbeit entschieden Rechnung, wäre den Anstrengungen der Überlebenden zum Erhalt der authentischen Orte mitmenschlich verpflichtet, vermiede die kontraproduktive Doppelung bereits geleisteter Arbeit und beförderte nicht den Eindruck, Deutschland sei ein Entwicklungsland der Erinnerungskultur.

Im Gegenteil, ein solches, vom Bundestag beschlossenes Zeichen stärkt die bisher geleistete Arbeit, weil es unmißverständlich klar machen würde, daß die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und insbesondere an die Shoa keine Nestbeschmutzung ist – wie es solange hieß –, sondern essentieller Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik sein soll.

In der AG KZ-Gedenkstätten haben sich folgende Personen zusammengeschlossen:
Barbara Distel (KZ-Gedenkstätte Dachau), Dr. Detlef Garbe (KZ-Gedenkstätte Neuengamme), Dr. Sigrid Jacobeit (Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück), Dr. Cornelia Klose (KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora), Dr. Volkhard Knigge (Gedenkstätte Buchenwald), Thomas Lutz (Stiftung Topographie des Terrors), Dr. Günter Morsch (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen), Wilfried Wiedemann (Gedenkstätte Bergen-Belsen)